



Auswertung der Registerstelle Spandau für das Jahr 2021

1. Aufgabe und Ziele der Registerstelle

Das Register Spandau ist eine der zwölf Berliner Registerstellen und wurde 2014 beim Träger GIZ gGmbH eingerichtet. Alle Registerstellen werden durch die Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS) bei der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung finanziert und durch unterschiedliche Träger umgesetzt. Die Register dienen dem bezirklichen Monitoring, also der Erfassung, Dokumentation sowie Auswertung von extrem rechten, rassistischen, antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen und anderen diskriminierenden Vorfällen mit dem Ziel, die Erfahrungen der Betroffenen sichtbar zu machen, Öffentlichkeit zu sensibilisieren sowie ein Lagebild zu erstellen, das Akteur*innen von Politik und Zivilgesellschaft dabei unterstützen kann, Gegenstrategien zu entwickeln.

Die Vorfälle werden durch berlinweite Kooperationspartner*innen gemeldet, die bestimmte Diskriminierungsphänomene erfassen, wie z.B. ReachOut¹, die Angriffe und massiven Bedrohungen dokumentieren, oder die Recherchestelle Antisemitismus (RIAS)² Amaro Foro mit DOSTA³ oder Each one Teach one (EOTO e.V.)⁴. Auch über die Antidiskriminierungs-App (AnDi-App) der LADS⁵ werden Vorfälle gemeldet.

Die Register recherchieren selbst oder erfahren Vorfälle durch Betroffene, Zeug*innen, und Mitglieder des bezirklichen Netzwerkes sowie durch ihre Anlaufstellen. Anlaufstellen sind z.B. Beratungsstellen, Familienzentren oder soziale Einrichtungen, die gut im jeweiligen Kiez oder Ortsteil vernetzt sind. Betroffene berichten lieber in vertrauten Kontexten von ihren Diskriminierungserfahrungen, die dann mit Einverständnis der Betroffenen anonym an die Registerstelle weitergeleitet werden.

Aufgabe der Register ist daher die kontinuierliche Vernetzung im Bezirk, um die Arbeit der Registerstellen bekannter zu machen, weitere Anlaufstellen zu gewinnen, mehr Betroffene zu erreichen und dadurch das Dunkelfeld weiter zu erhellen.

Die Vorfälle werden in der bezirklichen Chronik auf der Website der Berliner Register veröffentlicht (<https://www.berliner-register.de/register/spandau/>), ausgewertet und nach der jährlichen Pressekonferenz im Bezirk vorgestellt. Die aktuellen Vorfallszahlen und der Vergleich mit den Vorjahren zeigen Entwicklungen und neue Diskriminierungsphänomene, was zu entsprechenden Handlungsstrategien im Bezirk führen kann.

1 <https://www.reachoutberlin.de>

2 <https://www.report-antisemitism.de/>

3 <https://amarofo.de/antidiskriminierungsarbeit/dosta-dokumentationsstelle-antiziganismus>

4 <https://www.eoto-archiv.de/>

5 <https://www.berlin.de/sen/lads/beratung/diskriminierung/andi-die-berliner-antidiskriminierungs-app-945057.php>





2. Auswertung der Chronik 2021

2.1 Anzahl und Art der Vorfälle 2021

Für 2021 wurden die Mittel der Berliner Register erhöht und durch Mittel aus dem Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt ergänzt, was zu einer personellen und stundenmäßigen Aufstockung führte. Hierdurch war es möglich, auf Social Media präsent zu sein, eine Messenger-Meldegruppe für Anlaufstellen zu gründen sowie Workshops und Austauschtreffen zu veranstalten. So konnten neue Netzwerkpartner*innen erreicht und weitere Anlaufstellen eingerichtet werden. Auch berlinweit wurden 2021 neue Kooperationspartner*innen gewonnen, die auch für Spandau Vorfälle gemeldet haben, z.B. die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS) oder die Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS).

Dies führte dazu, dass 2021 trotz weiter bestehender Pandemie und teilweisem Lockdown 112 Vorfälle für Spandau erfasst werden konnten (2020:98). Die häufigste Vorfallsart war, wie im Vorjahr, *Propaganda*, was Flyer, Sticker bzw. geschriebene oder gesprühte Botschaften der extremen Rechten umfasst (39 Vorfälle, 35 %; 2020: 44 Vorfälle, 45 %). Während 2020 jeder dritte Vorfall (Sticker oder Flyer) Propaganda vom "III. Weg" darstellte, waren es 2021 bereits mehr als 50 Prozent. Schwerpunkt dabei waren Altstadt und "Neustadt" (OT Spandau). Allerdings wird dahinter eine (sehr aktive) Einzelperson vermutet.

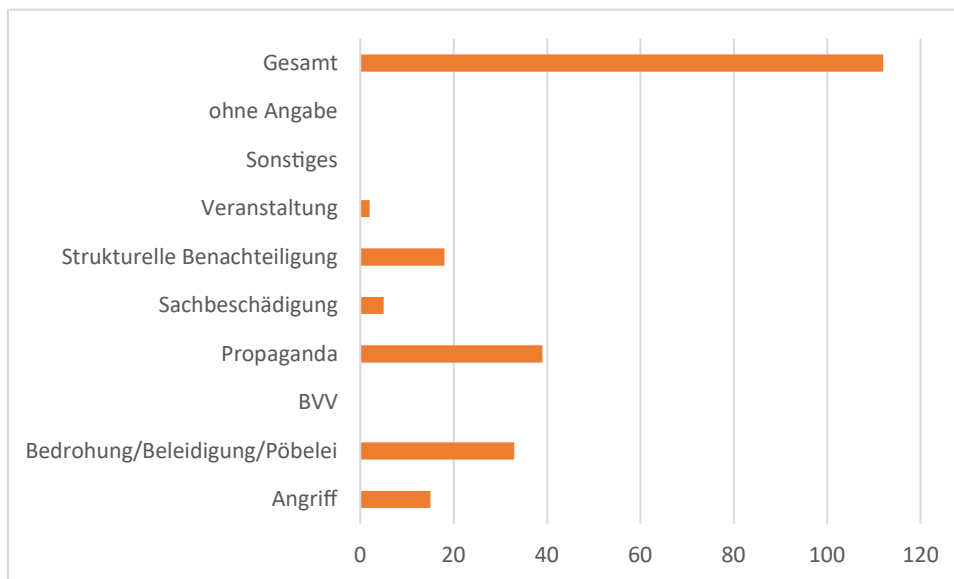
Für 2021 wurden 33 Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien (B/B/P) dokumentiert, was 29 Prozent aller Vorfälle ausmacht (2020: 19%). Damit haben die Vorfallszahlen für diese Kategorie fast wieder "Vor-Corona-Niveau" erreicht. So wie 2020 der Rückgang mit der pandemiebedingt eingeschränkten Mobilität und reduzierten Öffnungs- und Beratungszeiten erklärt werden konnte, kann der Anstieg 2021 entsprechend auf die teilweisen Lockerungen und erweiterten Öffnungszeiten in Präsenz ab Juni 2021 zurückgeführt werden. Mitberücksichtigt werden muss, dass den meisten Angriffen Bedrohungen oder Beleidigungen vorausgehen, die zwar in der Vorfallsbeschreibung der Chronik erwähnt, statistisch aber nicht separat erfasst werden.

Mit 16 Prozent (18) sind Vorfälle von *struktureller Benachteiligung* dritthäufigste Vorfallsart in Spandau (2020: 7). Diese Vorfälle umfassen Diskriminierungen in verschiedenen Behörden sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen und auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt. Sie werden seit 2020 unter dieser Kategorie erfasst. Durch neue berlinweite Kooperationspartner*innen sowie bezirkliche Anlaufstellen wurden mehr dieser Vorfälle, die häufig in Beratungssituationen berichtet werden, an das Register gemeldet.



Während *Angriffe* 2020 die zweithäufigste Vorfallsart darstellten mit der höchsten, bisher für Spandau erfassten Anzahl (21), sank die Zahl der gemeldeten Angriffe 2021 auf 15 (13 %) aller Vorfälle. Da es für 2021 zu einer Untererfassung in dieser Kategorie kam, weil Daten des Landeskriminalamtes zu Gewaltvorfällen im Bereich Hasskriminalität aus Datenschutzgründen nicht wie bisher an Kooperationspartner*innen übermittelt werden konnten, kann nicht sicher von sinkenden Angriffszahlen ausgegangen werden, zumal die 15 Angriffe die zweithöchste, für Spandau dokumentierte Anzahl dieser Kategorie darstellen. Es gab einen antisemitisch motivierten Angriff, 3 betrafen politische Gegner*innen, die übrigen waren rassistisch motiviert. LGBTIQ*-feindliche Angriffe wurden 2021 nicht dokumentiert, was mit der diesjährigen Untererfassung in dieser Kategorie zusammenhängen kann. Die Angriffe fanden vor allem abends und nachts statt, im öffentlichen Nahverkehr, im öffentlichen Raum sowie nahe dem Wohnumfeld (Einkaufscenter) oder sogar auf dem eigenen Grundstück (Jagowstraße 15, s. 2.3 "Tatorte") und betrafen auch Minderjährige.

Grafik 1: Vorfälle 2021 nach Vorfallsart





2.2 Motive der Vorfälle 2021

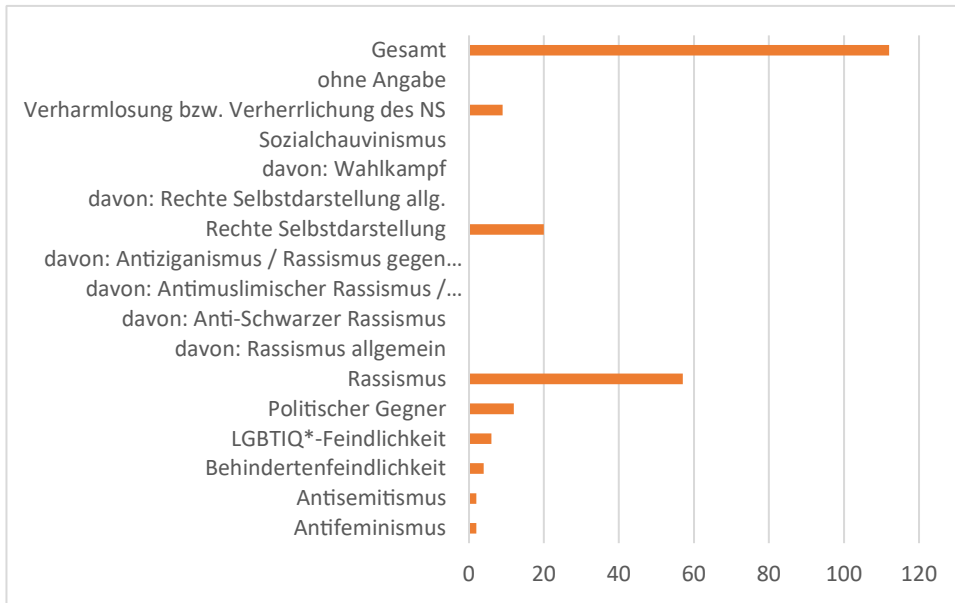
Häufigstes Motiv aller Vorfälle in Spandau ist seit Einrichtung der Registerstelle bei GIZ gGmbH 2014 Rassismus, 2021 waren mehr als die Hälfte (51 %) der dokumentierten Vorfälle (2021:57, 51 %; 2020:46, 47 %; 2019: 38, 40 %) rassistisch motiviert, auch im Vergleich zum "Vor-Corona-Jahr" 2019 zeigt sich damit eine ansteigende Tendenz.

Die meisten Vorfälle wurden unter Rassismus allgemein eingeordnet (24), 2021 wurden aber erstmals mehr Fälle von Anti-Schwarzem-Rassismus verzeichnet (14; 2020:5) als antimuslimischem Rassismus (11; 2020:17), was damit erklärt werden kann, dass vom Kooperationspartner EOTO e.V. 2021 mehr Vorfälle gemeldet wurden, während ein Kooperationspartner, der antimuslimischen Rassismus erfasst und in den Vorjahren gemeldet hat, zum Auswertungszeitpunkt noch keine Vorfälle übermittelt hatte. Auch fanden 2021 keine persönlichen Registervorstellungen in Sprachkursen statt, die in Spandau von vielen muslimischen Teilnehmer*innen besucht werden. In den Vor-Corona-Jahren wurden bei solchen Präsentationen von Kursteilnehmer*innen eigene Rassismuserfahrungen geschildert, die entsprechend in der Chronik dokumentiert wurden.

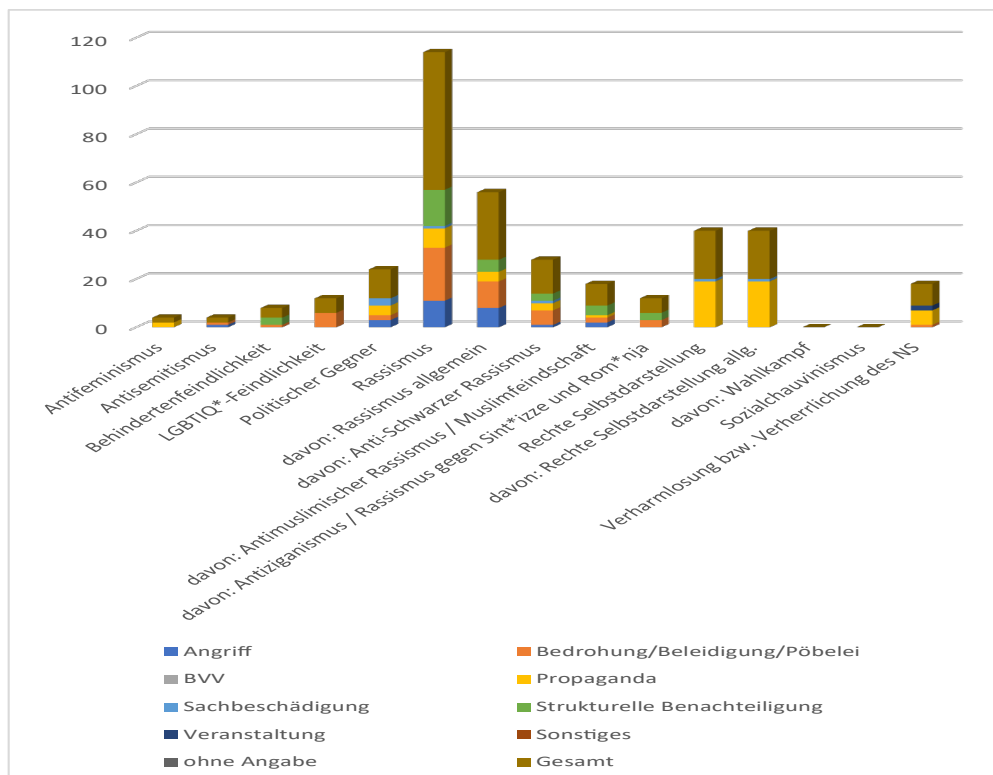
Bei den sechs Vorfällen von *Antiziganismus/ Rassismus gegen Sint*izze und Rom*nja* handelte es sich vor allem um *Strukturelle Benachteiligung* durch Behörden oder Arbeitgeber. 2020 konnten keine Vorfälle mit diesem Motiv erfasst werden, was sich mit dem Lockdown und weniger Behördenkontakten erklären lässt.

Nach Rassismus als Motiv folgen rechte Selbstdarstellung (18 %) und gegen politische Gegner*innen gerichtete Vorfälle (11 %), womit sich letztere im Vergleich zu 2020 verdoppelten, was mit dem Wahlkampf 2021 (Bundestag, Abgeordnetenhaus, BVVn) erklärt werden kann. Neben gegen Wahlhelfer*innen gerichtete Vorfälle gab es im Kontext des Wahlkampfs auch rechte Propaganda gegen Parteien als politischem Gegner. 9 Vorfälle gegen den politischen Gegner betrafen das alternative Hausprojekt "Jagow 15" (s.2.3 "Tatorte"). *NS-Verharmlosung/ Verherrlichung* als Motiv sank minimal auf 9 Vorfälle (8%). Diese Vorfälle wurden, sofern sie nicht das Hausprojekt "Jagow 15" betrafen (gesprühtes "Arbeit macht frei"), bei der Querdenker-Demo im April 2021 bzw. den "Montagsspaziergängen" (seit November 2021) dokumentiert und umfassten sowohl Äußerungen als auch Plakate oder Sticker.

Grafik 2: Anzahl der Vorfälle nach Motiv



Grafik 3: Anzahl der Vorfälle nach Art und Motiv





2.3 "Tatorte" der Vorfälle 2021

Der Ortsteil Spandau verzeichnete erneut die meisten Vorfälle (44, 39 %) für den Bezirk (Ortsteil und Bezirk haben den gleichen Namen). Das ist mit der stark auf diesen Ortsteil zentrierten Struktur des Bezirks zu erklären, da sich hier neben dem Rathaus mit Bürgeramt viele Behörden wie Sozialamt, Gesundheitsamt und Jobcenter befinden sowie der Fern- und Umsteigebahnhof, die Endhaltestelle der U7 und die Haltestellen sämtlicher Spandauer Busse. Wo viele Menschen einander begegnen oder mit Behörden in Kontakt sind, kommt es eher zu Beleidigungen, körperlichen Angriffen oder strukturellen Benachteiligungen. Auch die einzigen größeren Plätze des Bezirks, Marktplatz und Rathausvorplatz, liegen hier in der Altstadt und werden für Demos und Veranstaltungen ("Montagsspaziergänge") genutzt. Die Fußgängerzone ist die beliebteste Strecke für Sticker der extremen Rechten.

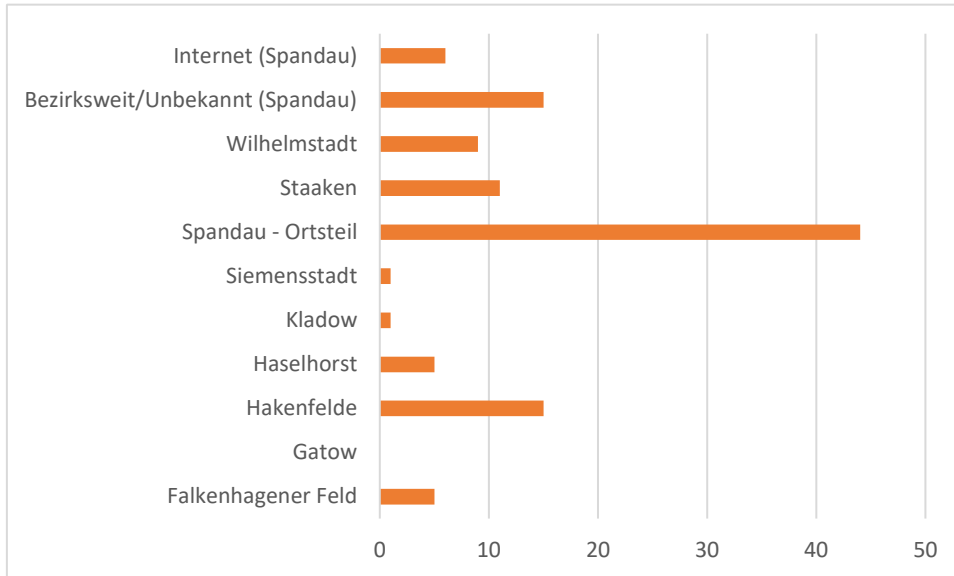
An zweiter Stelle mit 15 Vorfällen (13 %) liegt Hakenfelde, wobei neun Vorfälle das alternative Hausprojekt "Jagow 15" adressierten. Im Januar wurde ein NS-verharmlosende Botschaft an das Haus gesprüht, diese wurde im Februar erneut im Hausflur angebracht, am 9. April wurde ein Brandanschlag im Hausflur verübt, bei dem mehrere Menschen Rauchvergiftungen erlitten. Zwei Tage später wurden Plakate und Symbole übersprüht, dann klebte ein Sticker vom "III. Weg" an der Haustür. Am 18. April wurde ein zweiter Brandanschlag verübt, bei dem ein am Haus angebrachter Carport sowie zwei Autos komplett zerstört wurden. Eine Bombendrohung am 21. April folgte, bei der kein Sprengsatz gefunden wurde. Im Juni kam es noch zur Beschädigung eines Banners, das am Haus hing. Die Bewohner*innen betrachten die Vorfälle als eine Serie, mit der sie als politischer Gegner von Rechts adressiert werden. Das sahen auch die meisten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bezirk so. Daher gab es im Mai eine bezirksweite Solidaritätskundgebung und Solidaritätsbekundungen aus ganz Berlin. Seit Juni passierten keine weiteren Vorfälle, Täter*innen sind bisher nicht bekannt.

Der Ortsteil Staaken mit 11 Vorfällen (2020:6) hebt sich ebenfalls deutlich von den übrigen Ortsteilen Spandaus ab. Die höheren Zahlen liegen an der besseren Vernetzung mit einer Anlaufstelle im Stadtteilzentrum Obstallee und aufmerksamen Melder*innen.

Auf die übrigen Ortsteile verteilen sich 9 Vorfälle auf Wilhelmstadt (2020:11), je 5 auf Haselhorst (2020:) und das Falkenhagener Feld (2020:) sowie je einer auf Siemensstadt und Kladow. Aus Gatow wurde kein Vorfall gemeldet, allerdings wurden auch 15 bezirksweite Vorfälle dokumentiert, bei denen der Ortsteil nicht bekannt ist. Die verbleibenden 6 Vorfälle passierten im Internet.

Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

Grafik 3: Anzahl der Vorfälle 2021 nach Ortsteil



Zusammenfassung

Am häufigsten waren – wie im Vorjahr – die *Propaganda*-Vorfälle mit 35 %, dicht gefolgt von *Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien* (29%). Letztere zeigten einen Anstieg um 10 % auf 33 Vorfälle (2020: 19), was dem Niveau der Vorjahre (ohne 2020) entspricht. Die dokumentierten Angriffszahlen sind niedriger als 2020, stellen aber immer noch die zweithöchste Angriffszahl dar.

Häufigstes Motiv aller Vorfälle ist nach wie vor *Rassismus* (51%), wobei nach allgemein rassistischen Vorfällen vor allem *Anti-Schwarzer-Rassismus* dokumentiert werden konnte. Motiv der Propaganda-Vorfälle war überwiegend *rechte Selbstdarstellung*, während Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien ebenso wie Angriffe vor allem rassistisch motiviert waren. Nach Rassismus als Motiv folgen *rechte Selbstdarstellung* (18 %) und politische Gegner*innen (11 %), womit sich letztere im Vergleich zu 2020 verdoppelten.

Weiterhin wurden die meisten Vorfälle für den Ortsteil Spandau erfasst (44; 39%), was mit der auf diesen Ortsteil zentrierten Struktur des Bezirks erklärt werden kann. Von den übrigen Ortsteilen liegen Hakenfelde mit 15 (13 %) und Staaken mit 11 Vorfällen (10 %) deutlich vorn.